

unimut

ZEITSCHRIFT **an** DER UNI HEIDELBERG



Themenheft: Nationalsozialismus in Heidelberg

Diese Ausgabe der UNiMUT widmet sich der Universität und Stadt Heidelberg während des Nationalsozialismus.

Neben der nationalsozialistischen Studentenpolitik an der als ›braune Universität‹ bekannt gewordenen Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (Seite 1 und 2), beleuchten wir die Neugründung der Universität nach 1945 (Seite 12 und 13). Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Betrachtung der Rolle zweier

zivilgesellschaftlicher Akteure im Nationalsozialismus (Seite 8 und 9). Am Beispiel von Alfred Zintgraff, welcher die Anfänge des Heidelberger Völkerkundemuseums maßgeblich mit beeinflusste, werden die Verbindungen zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus deutlich (Seiten 10 und 11). Nicht zuletzt betrachten wir zwei fast vergessene Biografien jüdischer Professoren (Seite 6).

Das Themenheft fußt auf der Absicht, nicht in einer historischen Perspektive zu

verharren, weshalb auch Kontinuitäten (Seite 5) und Parallelen (Seite 14) zu aktuellen Entwicklungen aufgezeigt werden. Wir haben dabei nicht den Anspruch, eine umfassende Darstellung des Themas zu bieten, vielmehr konzentrieren wir uns auf einige Facetten, deren Auswahl zwangsläufig kontingent ist.

Wir wünschen eine erkenntnisreiche, kritische Lektüre.

die redaktion

»Wer sich nicht bewährt, wird fallen«

Maßnahmen und Grenzen nationalsozialistischer Studentenpolitik

Der Faschismus an den Universitäten war kein Einbruch, vielmehr ein langsamer Gewöhnungsprozess, der schon 1930 begonnen hatte. Demokratie war in der Universität eine fremde Vokabel geblieben. So regierte nun eben ein Führer die Universität, bestellte seinen Führerstab, ernannte die Dekane und funkte in die Geschäfte der Institutsdirektoren hinein.

Schon Ende des Wintersemesters 1932/33 waren die atmosphärischen Veränderungen in der Studentenpolitik nicht zu übersehen. Die Kämpfer von gestern waren die Sieger von heute. Einer der vielen kleinen Siege des Nationalsozialismus, bevor Hitler Reichskanzler wurde und der Parteiapparat sich krakenartig über Staat und Gesellschaft legte. Im 39köpfigen AStA lag der Nationalsozialistische Studentenbund (NSDStB) mit 18 Mandaten knapp unter der absoluten Mehrheit, mit den acht Stimmen der Korporierten-Liste »Nationaler Block« erreichte er die zweidrittel-Mehrheit. Auf vier Sitze zusammengeschrumpft war die Republikanische Liste der sozialistischen und demokratischen Studentengruppen, die Kommunistische Gruppe hatte gegenüber 1930 ein Mandat zugelegt (jetzt 2). Die Katholische Studentenschaft errang einen leichten Zugewinn (von 6 auf 7 Mandate). Mit den Stimmen des NSDStB, des »Nationalen Blocks« und sechs der sieben katholischen Vertreter wurde der 25jährige Gustav Adolf Scheel zum AStA-Vorsitzenden gewählt, sein Stellvertreter wurde der Vorsitzende des Stahlhelm-Studentenbundes Langemarck, Erich Hübinger. Sie amtierten nur wenige Wochen.

Nach der Märzwahl und der darauffolgenden Machtübernahme in den Reichsländern wurden die demokratisch gewählten ASten abgeschafft. Scheel und seine Kameraden etablierten sich als Studentenfürher. Im »Studentenfürher« des Sommersemesters herrschte ein knapper militärischer Ton: »Studentinnen, meidet Tand und Schminke!« - »Unter nationalsozialistischen Studenten herrscht das kameradschaftliche DU!«

Ab Sommer 1933 wurde organisiert: Schulungsprogramme, gegliedert in Grund-, Kameradschafts- und Führerschulung, Wehrsport mit Geländespielen und Kleinkaliberschießen, »Wissenschaftsdienst« in den Fachschaften, SA-Dienst. Die Verbindungen bauten z.T. ihre Häuser aus, um »Kameraden« einquartieren zu können. In den Sommerferien rückte das vierte Semester zum Arbeitsdienst ein, ein halbes Jahr später hatten Abiturienten zwischen Wehrdienst und Immatrikulation vier Monate Arbeitsdienst und zwei Monate Lager abzuleisten.

Die Regie in dieser Phase hatte die SA übernommen. Im WS 1933/34 waren an die 1000 Studenten in SA-Trupps eingegliedert. Die Mitgliederzahl des NSDStB war von 59 im Januar auf über 950 hochgeschwollen.

»Märzgefallene« wie die »alten Kämpfer« sie nannten, Konformisten und Opportunisten darunter, aber auch die vormals zögernden und vorsichtigen, denen die Märzwahl bewiesen hatte, dass die Sache von längerer Dauer sein würde.

Während zwischen den Reichsfürhern des NSDStB und der Deutschen Studentenschaft (Dst) die Diadochenkämpfe ausbrachen, entwickelten Scheel und seine Kampfgefährten das schließlich reichsweit eingeführte Modell: eine einheitliche, zentralisierte Führung mit einem Studentenfürher an der Spitze. Scheel rückte in den Senat ein, ab WS 1933/34 in den »Führerstab« des Rektors.

Zielstrebig brachte man das Studentenwerk unter Kontrolle und baute es zur Selbstversorgungseinrichtung des NSDStB aus. Stipendien und andere Vergünstigungen flossen nahezu ausschließlich in die Taschen der NS-Kameradschaften, Wohnheimplätze wurden nach politischer Linientreue vergeben; damit sie nicht Schlange stehen mussten, erhielten politische Leiter und SA-Fürher grundsätzlich Vortritt in der Mensa.

Mit der Fachschaftsarbeit entstand eine Art zweite »nationalsozialistische« Universität, parallel zu den Fakultäten und Fächern organisiert, mit Pflichtkursen für Anfangssemester und Arbeitskreisen für Fortgeschrittene. Es war eine Auswahl all dessen, was sich im völkischen Repertoire der Nazi-Ideologie als wissenschaftsrelevant und -verwertbar anbot: Rassenlehre, Eugenik, Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, deutsches Volkslied, nationalsozialistische Zivilrechtsreform, deutsches Christentum und germanischer Götterglaube.

Die NS-Studentenpolitik war mehr als ein Panoptikum wichtigtuerischer Bürokraten. Eine nationalsozialistische Universität hat sie nicht zustande gebracht - das schließt sich schon begrifflich aus. Aber die akademische Freiheit und die alltägliche Freiheit der Lebensgestaltung ganzer Studentengenerationen hat sie nachhaltig zertrümmert. Wer brav seine Dienste machte, der war von Sonntag bis Sonntag beschäftigt. Der Nonkonformist bekam die Macht der vielen kleinen Himmler-Imitate zu spüren. Wer mitmachte, musste sich dem antiintellektuellen Gebaren der kleinbürgerlichen SA-Chargen anpassen. Mehr noch: mit Fachschaftsarbeit, Arbeits- und SA-Dienst und den häufig angebotenen Studienlagern sollten »Erfahrungen und Erlebnisse« organisiert werden: Jungendliches Gemeinschaftsbedürfnis, Faszination des Lagerfeuers, antibürgerlicher Protest, den noch jedes Pfadfinderfähnlein im Tornister mit spazieren führte, männerbündlerische Erlebnisqualität eines SA-Lagers, das nach einer Woche harter Lagerarbeit zur Kerwe der Dörfeler geführt wurde, um mit den Mädchen zu schwofen - der ganze verzernte völkische Sozialismus, der von Frontkämpfermythos, Wandervogelromantik und Deklassierungsängsten gespeist wurde, wurde dem befremdlich kalten Universitätsbetrieb gegenübergestellt.

Mit den Gegnern von einst waren noch viele Rechnungen zu begleichen. Zuerst wurden die Kommunisten vorgenommen, deren örtliches Büro schon im Frühjahr besetzt und deren Lokalmatadore in Schutzhaft genommen worden waren. Im Juni veröffentlichte Scheel in der NS-Volksgemeinschaft eine Liste von 27 Namen kommunistischer Studenten. Eigentlich waren es nur 26, denn im Eifer des Gefechts war einer doppelt aufgeführt worden. Die meisten waren auch weder in der Roten Studentengruppe noch in der KPD, aber



das änderte nichts: »Unbegreiflich«, zeterte Scheel, »dass solche undeutschen Menschen an einer deutschen Hochschule auf Kosten des Volkes studieren dürfen«.

Die jüdischen Studenten wurden administrativ »wegesäubert«. Ihr Anteil an der Gesamtstudentenschaft wurde reichseinheitlich auf 5 Prozent, der der Erstimmatrikulierten auf 1,5 Prozent festgelegt, ein Anteil, »der regelmäßig nicht erreicht werden« wird, wie das badische Kultusministerium die Universitäten anwies. Bis 1937 war der Anteil jüdischer Studenten von 4,8 Prozent (1933) auf 0,25 Prozent herabgedrückt worden, weit über die Hälfte der 177 jüdischen Studenten des Sommersemesters 1933 hatte die Hochschule schon zu Beginn des darauf folgenden WS verlassen.

Opposition? Eine Studentengruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) soll es gegeben haben. Ein paar Gerichtsakten wegen Hochverrats lagern im Universitätsarchiv, beziehen sich aber nicht auf die Universität. Eine andere Opposition, über die keine verlässlichen Unterlagen vorliegen: ab 1934 blätterte die Bereitschaft zum Engagement in NS-Organisationen deutlich ab.

Die »Gefährten« der Kampfahre, die Verbindungen, sollten in einer Phase, in der das Bürgertum nicht mehr umworben werden musste, von der Bildfläche verschwinden. Es gibt eine Verfolgungslegende, die die Verbindungsgeschichtsschreibung bis heute mit Eifer kultiviert. Anfang 1985 beklagten sich die Heidelberger Burschenschaften in der Tagespresse über eine Juso-Veranstaltung, in der ihre reaktionären politischen Traditionen dargestellt werden sollten. Sie zogen dabei eine Linie von den Metternichschen Demagogenverfolgungen über ihre Liquidation in der Nazi-Zeit bis zur Studentenbewegung der späten sechziger Jahre, als ein sozialdemokratischer Rektor sich in Heidelberg geweigert hatte, bei Ihren Kommersen aufzutreten (und sie an Mitgliedermangel fast eingegangen wären). Das ist Geschichtsklitterung. Einmal hatten sich die meisten Verbände schon vor 1935 gleichgeschaltet. Was sich rührte, stand unter der Führung von Hitlers Staatssekretär Karl Lammers (Gemeinschaft Corpsstudentischer Verbände). Lammers hatte Hitler begreiflich gemacht, dass über kurz oder lang das Verbindungsstudententum mangels Nachwuchs von selbst verschwinden werde, im Übrigen außergewöhnlich anpassungsbereit sei und sich wegen einiger Krassfüchse kein Ärger mit den in Industrie und Verwaltung einflussreichen Alten Herren lohne.

Was sich nicht selbst auflöste, wurde dann allerdings 1935 mit sanftem Druck zur Auflösung gezwungen. Die Burschenschaften - schon immer Meister des jeweils herrschenden politischen Geschmacks - mieteten die Wartburg und überreichten dem NSDStB die Fahne der Urburschenschaft. Anstoß des Ganzen war die endgültige Entscheidung der Studentenführung, das lang gehegte Projekt der Kasernierung aller Studenten endgültig fallen zu lassen. Mit dem Instinkt, der ihm eigen war, hatte Hitler diese Projekte schon deshalb abgewehrt, weil er neue, »Brutstätten der Homosexualität« fürchtete.

In den Verbindungschroniken, in denen sich bis heute kein Wort über die Verfolgung und Ermordung von politischen Häftlingen, Kranken, Behinderten, Zigeunern, Homosexuellen, polnischen Zwangsarbeitern und den Millionen jüdischer Bürger findet, reihen sich Klagen an Klagen über die Behinderungen des Couleurtragens und die mäßige Qualität des Weins.

Bei genauerem Hinsehen haben die Nazis aber das deutsche Verbindungswesen gestärkt. Ein Teil der Kameradschaften gab sich die Namen nazistischer Heroen, die Allemannen hießen »Kameradschaft Karl Heinrich Waldow« nach einem Freicorpskämpfer, der 1922 in Oberschlesien gefallen war. Die Karlsruhsia nannte sich nach Richard Fliesges, ein Studienfreund Goebbels'. Der Verein Deutscher Studenten machte das expansionistische politische Programm zum Namen: Kameradschaft Westmark (der geplante Reichsgau Westmark umfasste französisches Staatsgebiet).

1937 stieg ein neuer Stern auf, der ehemalige Corpsstudent Hans Martin Schleyer. Er übernahm das Amt für politische Erziehung und das Wirtschaftshilfeamt. Ein gewiefter, demagogischer Multifunktionär, der die Studenten zum Arbeitseinsatz mit dem denkwürdigen Argument motivierte, sie würden dadurch einem deutschen Arbeiter einen zusätzlichen Urlaub verschaffen. Bald wurde er Leiter des Studentenwerks. Die Kurzformel seines Konzepts lautete: »Ausmerze statt Auslese«.

Im Krieg wurden die Personallisten kürzer, Studentinnen übernahmen immer mehr Referate und Ämter, der »Hochschulführer« wurde immer dünner, schließlich blieb er ganz aus. Auch die Akten über diese Zeit sind spärlich. Auf den Kameradschaftshäusern trafen sich die Frontkämpfer von einst mit einer neuen Soldatengeneration. Verwundete, Invalide und vom Studium Freigestellte füllten die Hörsäle, vor allem der medizinischen Fakultät. Das Frauenstudium erlebte einen nie dagewesenen Aufschwung, denn man brauchte Ärztinnen und Ersatz für die Lehrer im Feld. Nach zuverlässigen Angaben waren von 1941 an mehr Studentinnen in Heidelberg präsent als Studenten. Um die Ausbildung zu beschleunigen, wurde vorübergehend auf Trimesterfolgen umgeschaltet. Für den Endkampf wurden noch einmal alle Verfügbaren aus den Hörsälen geholt. Im Winter 1944 waren nur noch 2340 Studenten immatrikuliert.

Nach ihren eigenen Kriterien ist die nationalsozialistische Hochschulpolitik gescheitert. Sie hat nicht die Arbeiter- und Bauernkinder an die Universitäten geführt, wie es die Propaganda um das »Langemarckstudium« weismachen wollte. Das dreisemestrige Vorstudium für Studenten ohne Abitur oder vergleichbare Abschlüsse hat kaum ein Prozent der Studenten erfasst. Insgesamt ist der Anteil der Studenten aus altem Mittelstand und Arbeiterschaft sogar gesunken, gleichzeitig nahm der Anteil von Beamten-, Akademiker- und Freiberuflerkindern zu. Die Restriktion des Frauenstudiums wurde bald aufgegeben, ebenso Versuche, kleinstädtische Universitäten gegenüber großstädtischen besonders zu fördern. Die Drosselungsmaßnahmen der Studentenzahlen führten noch vor dem Krieg zu massiven Engpässen auf dem Akademikerarbeitsmarkt.

Das Gemeinschaftskonzept der Nazis löste sich mehr und mehr in den traditionellen Betrieb der Korporationen auf. Trotz imposanter Teilnehmerzahlen bei Erntehilfe und Fabrikarbeit reduzierte sich das Engagement in NS-Einrichtungen von Semester zu Semester. Der Mangel an gesinnungstreuen und gleichzeitig qualifizierten Wissenschaftlern erzwang in der Endphase des Regimes die Wiederbeschäftigung zwangsemertierter Professoren.

Nach Ende des Krieges fand Gustav Radbruch, Heidelberger Juraprofessor und Justizminister während der Weimarer Republik, in den Hörsälen wieder eine Generation von Nachkriegsstudenten vor.

»Ungeheurer fachwissenschaftlicher Fleiß bei nicht mehr wieder gutzumachenden Mängeln der Allgemeinbildung, viel Kritik und Propagandafestigkeit, absolutes Misstrauen gegen die Partei, instinktive Abwehr gegen Aufrollung der Vergangenheit.« (Radbruch)

von Norbert Giovannini

Norbert Giovannini ist Vorstandsmitglied des Heidelberger Geschichtsvereins und Mitherausgeber des Jahrbuchs zur Geschichte der Stadt Heidelberg 2010

Heidelberger Verbindungen 1933-1945

Trotz einiger Anfeindungen überstanden die meisten der vor 1933 bestehenden Verbindungen (mit Ausnahme der jüdischen) die ersten beiden Phasen nationalsozialistischer Studentenpolitik. Eine vielbeachtete Maßnahme stellte u.a. die Aufhebung des 1925 von der badischen Regierung erlassenen Duellverbots dar. Die tatsächlichen Einschränkungen bezogen sich auf Äußerlichkeiten: Farbentragen in der Öffentlichkeit und öffentliche Werbung neuer Mitglieder wurden untersagt. Dank der konzilianter Haltung des Heidelberger NS-Studentenführers Scheel und seiner Mannschaft gab es keine nennenswerten Einschränkungen des Verbindungsbetriebes, sofern dieser sich auf die Verbindungshäuser beschränkte. Der Mitgliederschwund, der in den letzten Weimarer Jahren zu verzeichnen war, setzte sich allerdings fort. Er war aber weniger Folge von Repressalien, sondern entsprach der zeitweilig geringeren Attraktivität der Verbindungen gegenüber dem karriereträchtigeren Engagement im NS-Studentenbund.

Veränderungen der Verbandszugehörigkeit werden erst für das WS 1934/35 dokumentiert: beide Turnerschaften, die Sängerschaft Thuringia, der VDSt, die naturwissenschaftlich-mathematische Verbindung Markomania und die Burschenschaften Franconia, Vineta, Normannia, Rhenoncaria und Rhein Arminen schlossen sich ebenso wie ihre Verbände dem am 15. Dezember 1934 in Berlin gegründeten *Völkischen Waffenring* an und sammelten sich am 23.1.1935 im *Heidelberger Völkischen Waffenring*. Es ist deutlich, dass es sich dabei sowohl um eines der üblichen Manöver zur Bestandserhaltung als auch um einen Ausdruck wirklicher Nähe zum Nationalsozialismus handelte. Zumindest leistete der *Völkische Waffenring* ein »reines Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung« und sah seine »vornehmste Aufgabe in der bedingungslosen Verwirklichung dieser Grundsätze auf allen Gebieten.«

Im Sommersemester 1938 veröffentlichte der Studentenführer »eine Liste anerkannter Kameradschaften«. Es waren durchweg die mitgliederstarken, politisch schon in den Kampfjahren engagierten Verbindungen.

Die Burschenschaft Allemannia, nun umbenannt in Kameradschaft Karl-Heinrich-Waldow, die Burschenschaft Franconia, nun Kameradschaft Viktor von Scheffel, und die Vineta, 1938/39 in Kameradschaft Carl Kleinow umbenannte. G.A. Scheels Heimatverbindung VDSt machte sein Programm zum Namen und nannte sich in Kameradschaft Westmark um. Die Elitegruppen sammelten sich in der NSDStB-Kameradschaft Axel Schaffeld, die im Sommersemester 1939 das Haus des

Corps Suevia übernahm. (Alle Angaben nach der Universitätszeitung ›Studentenführer‹ aus den Jahren 1938 bis 1940).

Die Umbenennung der Verbindungsamen spiegelte zwei Richtungen des Verbindungslagers. Die mit dem NS-Regime eng verquickten Vereine legten sich Namen prominenter NS-Veteranen zu oder stellten im Namen das altbewährte Programm vor. Der andere Teil betonte die romantisch-völkischen Traditionen oder stellte den Bezug zu militärischen Führern des Ersten Weltkriegs her. Parallel zu den Verbindungen hatte die Heidelberger Studentenföhrung schon im WS 1933/34 für NSDAP- und SA-Mitglieder ein auf drei Gebäude verteiltes Kameradschaftshaus eingerichtet. Der Schwenk des NSDStB in der Korporationsfrage ab 1935/36 wurde auch deutlich im neuen Tenor der Propaganda, der auf Übereinstimmung und gemeinsame Zielsetzung von NSDStB und Korporierten abhob.

In der Nachfolge Scheels wurde der ehemalige Corpsstudent Hanns Martin Schleyer zum Bindeglied von NSDStB und Korporationen. Schleyer schrieb 1935 im Heidelberger Studenten: »Ich war zwei Semester lang Kameradschaftsföhrer und ein Semester hindurch Senior des Corps. Während dieser Zeit meiner Corpszugehörigkeit und vor allem als Corpsföhrer habe ich unbeirrbar den Kurs eingeschlagen, den mir meine nationalsozialistische Gesinnung und die Verbundenheit mit der Hochschule zur Pflicht machten.«

Gegenüber den Korporationen spielte Schleyer geschickt auf der Klaviatur der Traditionsbeziehungen: »Wesentlich ist vielmehr, dass ein geeignetes Studententum in der Lage ist, die Gesamtheit der jungen Semester durch seine Erziehungsarbeit zu erfassen; was der Urburschenschaft vor mehr als hundert Jahren als Wunschbild vorschwebte, ist damit heute Erfüllung geworden. Kameradschaft, Disziplin, Ehrenamtlichkeit und höchste politische Einsatzbereitschaft sind die Grundlage unserer studentischen Kameradschaft und der Wertmesser für die Auslese in ihnen« (›Hochschul-Föhrer‹ SoSe 1937).

Der corpsstudentische Tugendkatalog in Verbindung mit vertrauter Berufung auf die urburschenschaftliche Tradition bezeichnete die Rehabilitation des verbindungstudentischen Erziehungsideals im etablierten Faschismus und demonstrierte die opportune Verwertbarkeit der leeren Tugendkataloge zu Konditionen dieses Regimes. Folglich können in der Ummantelung einer NS-Kameradschaft die verbindungstudentischen Traditionen konserviert werden – mehr noch, der Weg war geebnet, sie neu zu beleben, sofern nur ein Mindestmaß an ideologischer und praktischer Konzessionsbereitschaft gegenüber den Dienstprojekten der Nazi-Föhrung vorlag.

Die nationalsozialistische Studentenpolitik war außerstande, eine originäre Gemeinschaftskonzeption in der Studentenschaft durchzusetzen. Die Kette der Sozialisationsinstanzen, die von der Wiege an den nationalsozialistischen Menschen formen sollte, ist an den Hochschulen zu einem dünnen Strang geworden. Der Rückgriff auf die Institution des Verbindungswesens bewies nicht nur die Beharrlichkeit der traditionellen Universitätskultur, sondern auch die weit entwickelte Bereitschaft konservativ-nationalistischer Schichten um den Preis des Erhalts ihrer eigenen Traditionen auf jedes Arrangement mit dem NS-Regime einzugehen.

Trotz politischer Subordinationsansprüche war der Innenraum der Verbindungen dem Einfluss der NS-Kader weitgehend entzogen. Und weil sich den Augen und Ohren der NSDStB-Chargen auch vieles entzog, war sogar eine begrenzte Renaissance traditioneller studentischer Verbindungskultur möglich. In den letzten Kriegsjahren speiste sich – mit zunehmender Agonie des Systems – daraus ein neues Unterwandelungsmotiv. Die fast ungehinderte Praktizierung des Verbindungslebens konnte uminterpretiert werden zu einer Ausdrucksform der *inneren Emigration*. Nach dem Ende des Krieges folgte daraus beinahe zwangsläufig die Selbststilisierung deutscher Verbindungen zu Verfolgten des Nazi-Regimes.

von Norbert Giovannini

Die ›Deutsche Burschenschaft‹

Die ›Deutsche Burschenschaft‹ (DB) ist der größte Dachverband deutscher Burschenschaften. Sie wurde 1881 als ›Allgemeiner Deputierten Konvent‹ (ADC) gegründet, benannte sich 1902 in ›Deutsche Burschenschaft‹ um und löste sich am 6. Oktober 1935 durch einen Beschluss des Burschentages zugunsten des ›Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes‹ (NSDStB) auf.

Doch nicht erst 1935 positionierte sich die DB eindeutig rassistisch und antisemitisch: Bereits 1920 wurde auf dem ›Burschenschaftstag‹ in Eisenach die offizielle Satzung des Dachverbandes ergänzt: »Die Burschenschaft steht auf dem Rassestandpunkt; nur deutsche Studenten arischer Abstammung, die sich zum Deutschtum bekennen, werden in die Burschenschaft aufgenommen.«

In den Standpunkten der Burschenschaftlichen Gemeinschaft wird behauptet, »daß keine Abtretung der Ostgebiete stattgefunden hat, sondern daß sich diese Gebiete im Schwebезustand befinden, da keine Abstimmung darüber unter den Vertriebenen durchgeführt wurde.«

Nach dem Zweite Weltkrieg wirkten alte Strukturen und politische Überzeugungen in der Deutschen Burschenschaft weiter: »so genannte ›soldatische Tugenden‹ wie Ehre, Standhaftigkeit, Mut oder Gehorsam« standen fortan ungebrochen im Zentrum der erwünschten Persönlichkeitsbildung (A. Rimmel, Die Deutsche Burschenschaft).

Im ›Handbuch der Deutschen Burschenschaft‹ von 1982 wird unter dem Abschnitt »Volk, Staat, Nation, Vaterland – Grundbegriffe burschenschaftlicher Politik« der Begriff »Volk« als »eine menschliche Gemeinschaft, die durch gleiche Abstammung, gleiches geschichtliches Schicksal, gleiche Kultur und verwandtes Brauchtum, dieselbe Sprache und zusammenhängenden Siedlungsraum verbunden und geprägt ist« und somit als »natürlicher Zusammenschluß« definiert. Nach den Grundsätzen der DB stellt die ›Blutsgemeinschaft‹ ein wichtiges Kriterium für die Einheit eines politischen ›Volkes‹ sowie entsprechend auch der Nation dar.

Es werden die zu niedrigen Geburtenzahlen »deutscher« Frauen bei gleichzeitiger Masseneinmigration beklagt, so dass das »deutsche Volk« bedroht sei. (Burschenschaftliche Blätter 2004)

Dass zusätzlich noch auf kulturalistische Kriterien wie »Brauchtum« und gemeinsame »Sprache« verwiesen wird, entspricht dem häufig von Rechtsradikalen bedienten Konzept des Ethnopluralismus, das – scheinbar unter Ausschluss von biologisch-rassistische Argumenten – eine Differenzierung und Hierarchisierung von Menschen legitimieren soll. Unter Verweis auf vermeintlich natürliche Differenzen zwischen Menschen, wird der Gleichheits- und Gleichwertigkeitsanspruch aller Menschen unterlaufen und die Abgrenzung einzelner Ethnien gefordert.

Ein vorrangiges Ziel der DB ist das Wiedererstarken der deutschen Nation. Dabei werden die Verbrechen des Nationalsozialismus und die eigene Verantwortung

relativistisch dargestellt. Im ›Handbuch der Deutschen Burschenschaft‹ wird ›kritische‹ Geschichtsschreibung als »Versuch der systematischen Zerstörung des deutschen Nationalbewußtseins und des nationalen Selbstbehauptungswillens durch eine langfristig angelegte und tiefgreifende Umerziehung« beschrieben.

Auf dem Burschentag 1997 in Jena wurde beschlossen, eine Gesetzesinitiative des Deutschen Bundestages zur Rehabilitierung von Deserteuren und »Wehrkraftzersetzer« und einer Entschädigung von DM 7.500 für Deserteure und deren Familien demonstrativ zurückzuweisen. Die DB forderte stattdessen den Bundestag auf, die dafür zur Verfügung gestellten Mittel als »Ehrensold für die noch lebenden Frontkämpfer zu verwenden.«

Die Verbindungen der DB zur rechten Szenen schließen auch rechtsradikale Parteien ein. So ist der ehemalige Pressereferent des Verbands Rolf Schlierer seit 1994 Bundesvorsitzender der Republikaner. Auf ihrer Homepage veröffentlichte die Deutsche Burschenschaft 2009 ein Interview mit Arne Schlimmer, Verbandsmitglied DB und Mitglied des Sächsischen Landtags für die NPD, um Fragen der Vereinbarkeit der »politischen Inhalte Ihrer Partei mit den Zielen der Deutschen Burschenschaft« nachzugehen. (www.burschenschaftliche-blaetter.de)

Ein weiterer Artikel der Burschenschaftlichen Blätter (2/2004) befasst sich mit demografischen Veränderungen, dort heißt es: »Die Betrachtung demographischer Entwicklungen unterliegt dem Zeitgeist und der ›Political correctness‹, so daß notwendige Maßnahmen zur Erhaltung des deutschen Volkes nicht oder viel zu spät ergriffen werden.« Es werden die zu niedrigen Geburtenzahlen »deutscher« Frauen bei gleichzeitiger Masseneinmigration beklagt, so dass das »deutsche Volk« bedroht sei.

Innerhalb der DB hat sich seit 1961 eine Gruppe formiert die sich offen zur völkischen Ideologie bekennt: die Burschenschaftliche Gemeinschaft. Im Gründungsprotokoll der Gemeinschaft ist zu lesen: »Die Burschenschaften der Burschenschaftlichen Gemeinschaft bekennen sich zum volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff. [...] Sie fordern die geistige und kulturelle Einheit aller, die dem deutschen Volke angehören.« In den Standpunkten der Burschenschaftlichen Gemeinschaft wird behauptet, »daß keine Abtretung der Ostgebiete stattgefunden hat, sondern daß sich diese Gebiete im Schwebезustand befinden, da keine Abstimmung darüber unter den Vertriebenen durchgeführt wurde.«

Gegenwärtig umfasst die DB in Deutschland und Österreich ca. 120 Korporationen unter anderem die Heidelberger Burschenschaften Frankonia und Normannia. Die Mitgliedschaft in der DB ist für die Burschenschaften freiwillig, mit ihr gehen sie jedoch die Verpflichtung ein, »neu eintretenden Mitgliedern das burschenschaftliche Gedankengut [der DB] zu vermitteln.«

von Nina Marie Bust-Bartels,
Leonard Keidel & Janina Reibold

Emil Julius Gumbel (1891 – 1966)

Emil Julius Gumbel war überzeugter Republikaner, Sozialist und Pazifist. In seinem 1922 erschienenen Buch »Vier Jahre Politischer Mord« befasst er sich mit der deutschen Justiz seit dem 1. Weltkrieg und beschreibt, wie rechte politische Straftäter im Vergleich zu linken milder bestraft, oder erst gar nicht verfolgt wurden.



Als Privatdozent für Statistik lehrte er bis 1930 an der Philosophischen Fakultät der Uni Heidelberg. 1924 erhielt Gumbel aufgrund seiner Rede bei einer Kundgebung der Deutschen Friedensgesellschaft ein Disziplinarverfahren. Dort forderte Gumbel die Anwesenden dazu auf, »zwei Minuten im Schweigen der Toten des Weltkrieges zu gedenken, die, ich will nicht sagen, auf dem Felde der Unehre gefallen sind, aber doch auf grässliche Weise ums Leben kamen«. Seine politische Arbeit wurde in der Professorenschaft kritisch beäugt. In einem Fakultätsratsbeschluss von 1925 macht die Professorenschaft deutlich, dass »Dr. Gumbel durch sein Verhalten in allen Kreisen der Universität starken und berechtigten Anstoß erregt« und dass die Zugehörigkeit Dr. Gumbels zur Universität ihnen als »durchaus unerfreulich« erscheint.

1930 verlieh der Kultusminister ihm ohne Zustimmung der Philosophischen Fakultät den Professorentitel. Dieser stand ihm nach mehrjähriger Lehrtätigkeit zu. Im Rahmen des Berufungsverfahrens bezeichnet Albert Einstein in einem Brief an den Juraprofessoren Gustav Radbruch das politische Wirken und seine Publikationen als »von einem hohen Ethos getragen«.

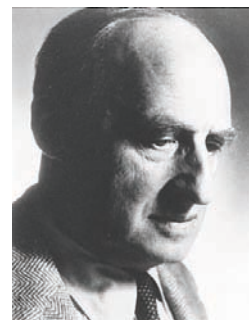
Die Studierenden der Uni Heidelberg reagierten auf die Ernennung Gumbels mit heftigem, von Nationalbewußtsein und Antisemitismus geprägtem Protest.

1932 wird von der Philosophischen Fakultät ein zweites Disziplinarverfahren gegen Gumbel eingeleitet wegen Äußerungen, die die »nationale Ehre« verletzen. Gumbel wurde seine politische Einstellung vorgeworfen. So sei er als Hochschullehrer moralisch ungeeignet. Obwohl seine Lehrtätigkeit von den Professoren nicht kritisiert wurde, entzog man ihm letztlich die *Venia legendi*. Nationale und antisemitische Agitation der Studierenden gegen Gumbel trugen hierzu entscheidend bei. Nicht nur wurden seine Vorlesungen massiv gestört, das Thema wurde auch gezielt in die Öffentlichkeit gebracht. So erklärt die Deutsche Studentenschaft 1930/31 in *Der Heidelberger Student*: »Die deutsche akademische Jugend erwartet, dass das badische Unterrichtsministerium Herrn Gumbel von der Universität entfernt und damit den berechtigten Wünschen, nicht nur der deutschen Studenten, sondern aller um das Wohl und die Geltung ihres Vaterlandes besorgten Deutschen Rechnung trägt.« In einem antisemitischen Flugblatt wird Gumbel unterstellt, er lebe »vom Betrügen, von Unredlichkeit, vom Bluffen«. Weiter wird dazu aufgerufen, die Veranstaltungen Gumbels zu boykottieren und ihn nicht mehr als Hochschullehrer anzuerkennen.

von Nina Marie Bust-Bartels

Leonardo Olschki (1885 – 1961)

Leonardo Olschki kam 1905 nach Heidelberg, wo er sein Studium abschloss, und begann auch seine akademische Laufbahn in Deutschland. 1909 arbeitete er in Heidelberg als Lektor, später wurde er hier zum außerordentlichen Professor ernannt und 1924 zum Ordinarius für romanische Philologie. Ab 1930 amtierte er als Direktor des Romanischen Seminars.



Am 7. April 1933 wurde das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« erlassen. Damit hatten die Nationalsozialisten freie Hand bei der Beurlaubung aller »nicht-arischen« Dozenten. Viele jüdische Dozenten, die an deutschen Universitäten tätig waren, wurden vertrieben – so auch in der Romanistik.

Der Historiker Willy Andreas versuchte, bevor er durch den Juristen Wilhelm Groh als amtierender Rektor der Uni Heidelberg 1933 von Hitler ersetzt wurde, die Anwendung der Rassengesetze für seine Universität zu mildern: So gab es Ausnahmen für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 im Staatsdienst angestellt waren sowie für jene, die selber oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft hatten (§ 3). Für Leonardo Olschki gab es jedoch keine Möglichkeit, an der Universität Heidelberg zu bleiben: Dies wurde von ihm selbst in einem Fragebogen bestätigt.

Während das Rektorat den Fragebogen erarbeitete, um die Frage der arischen Abstammung ohne Rücksicht auf die konfessionelle Zugehörigkeit zu klären, wurde eine Erklärung an das Unterrichtsministerium aufgesetzt, die im Namen der Wissenschaft gegen die Entlassungen protestierte. Die Kollegen, die das Dokument unterschrieben – darunter auch viele, die von den Rassengesetzen nicht betroffen waren –, erklärten, dass »eine zwangsläufige Beurlaubung von Kollegen, für deren Anstellung die Universität selbst die Mitverantwortung trägt, [ihrem] Rechtsempfinden widerstreitet.« und weiter: »Unter den vom Gesetz irgendwie betroffenen Dozenten sind hervorragende Forscher und Lehrer, die sich nicht ersetzen lassen, ohne daß die Lehraufgaben der Universität, die sie im Dienst von Staat und Volk zu erfüllen hat, und die Pflege der Wissenschaft aufs schlimmste beeinträchtigt werden.« (Vgl. A. Dörner, *La vita spezzata*. Tübingen 2005, S. 90 ff.; Universitätsarchiv Heidelberg B 3026/4a. Protestschreiben der Universität Heidelberg, April 1933)

Dass es kaum Fürsprecher für das Gesetz gab, verhinderte nicht, dass die ersten Zwangsbeurlaubungen am 28. April 1933 eintraten. Olschki wurde erst »aus rassistischen Gründen beurlaubt« und am 21. August 1933 bekam er einen unpersönlichen Brief, der ihm die Versetzung in den Ruhestand mitteilte.

Zurück in Italien, machten ab 1938 Olschki die italienischen Rassengesetze auch hier den Aufenthalt zu riskant, so dass er im März 1939 mit seiner Frau in die USA auswandern musste, wo er letztlich aufgenommen wurde.

Abgesehen von den ökonomischen Härten, die Olschki weniger als die moralischen interessierten, musste er nach dem Krieg weitere Enttäuschungen hinnehmen: Die erwünschte Rückberufung an die Universität Heidelberg oder gar eine Entschuldigung für die Vertreibung fanden nie statt. 1953 wurde er, nachdem er eigens darum ersuchte, von der Uni Heidelberg emeritiert. 1955 wurde er korrespondierendes Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Das Verhältnis zur Universität wurde damit jedoch nicht geheilt. Olschki entschied, nicht mehr als Wissenschaftler nach Deutschland zu kommen und zudem nicht mehr auf Deutsch zu publizieren. Leonardo Olschkis Werke sind heute bis auf wenige Ausnahmen der Vergessenheit anheim gefallen.

von Roberta Colbertaldo

»Sie können sich auf Ihre deutschen Juristen verlassen«

Reichsrechtsführer Hans Frank auf einem von ihm veranstalteten Juristenkongress in Leipzig im November 1933 zu Adolf Hitler

Recht und Juristen im Nationalsozialismus – eine aufgearbeitete Geschichte?

»Juristen sind kraft ihres Berufes politischen Umbrüchen besonders ausgesetzt. Neue Machthaber reklamieren zuerst und vor allem Gehorsam gegenüber dem, was sie für »Recht« erklären. Totalitäre Staaten setzen diese Gehorsamsanforderung systemgemäß notfalls mit totalitären Mitteln durch.«, so der Jurist Bernd Rütters, der sich umfangreich mit der Bedeutung von Recht und Juristen im Nationalsozialismus auseinandersetzt.

Diese Feststellung hatte sich nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im vollen Umfang bewahrheitet: Der Umgang mit dem Recht nach 1933 war vorrangig von dem Versuch geprägt, das Vorgehen des Regimes zu legitimieren. Die Ministerialbürokratie, die Gerichte und die Universitäten sollten hierbei zusammenwirken und die Rechtsordnung der Weimarer Republik auf die Ziele des NS-Staates ausrichten.

Dadurch spielten die juristischen Fakultäten bei der Verankerung der nationalsozialistischen Ideologie eine besonders wichtige Rolle: Einige dienten als sogenannte Stoßtruppfakultäten wegen ihrer politischen Linie als Ausbildungsstätte für regimetreue Juristen. Von diesen aus wurde die nationalsozialistische Rechtserneuerung vorangetrieben. In diesem Sinne verkündete auch Paul Schmitthenner, der Rektor der Universität Heidelberg, in einer Rede im Herbst 1939, die Uni solle der »Waffenschmied der Wehrmacht des Reiches« werden. Eine solche Umwandlung wurde durch die Entlassung von nicht regimekonformen Professoren angestrebt. Schon zwischen 1932 und 1933 wurden deutschlandweit 108 Juraprofessoren entlassen, davon acht in Heidelberg, u.a. Gustav Radbruch und Walter Jellinek. Symbolisch manifestierte sich diese Gleichschaltung der Universitäten an der Universität Heidelberg auch im Austausch der Statue der Pallas Athene über dem Eingang zur Neuen Uni gegen einen Reichsadler. Die Inschrift »Dem lebendigen Geist« musste »Dem deutschen Geist« weichen.

Inhaltlich fanden im Umgang mit dem Recht in den einzelnen Rechtsbereichen sowohl in der Lehre als auch in der Praxis vor allem Änderungen in Auslegung und Methodik statt, die weitreichende Folgen hatten.

Öffentliches Recht

Im öffentlichen Recht wurden fundamentale Rechtsgrundsätze Preis gegeben. Das Recht sollte nicht mehr die Individuen und einzelne Gruppen gegen den Staat schützen, sondern die Einheit und Ganzheit des Volkes vor allen individualistischen und »gruppenmäßigen Zersetzungen«. Die individuellen Freiheits- und Grundrechte wurden weitestgehend als nichtig betrachtet. Nach einer weitverbreiteten Ansicht sollte Recht

»deutsches Gewohnheitsrecht« sein, also völkisch traditionell geprägt. Dadurch wurde eine dogmatische Grundlage für die jüdenfeindlichen Gesetze nach 1933 und für den Ausschluss Nichtdeutscher vom sozialen Leben geschaffen.

Staatsorganisatorisch proklamierte etwa Ernst Forsthoff das Erfordernis einer streng hierarchischen Herrschaftsordnung. Diese müsse notwendigerweise undemokratisch sein, »denn die Demokratie ist die Staatsform, die in ihrem Wesen durch die Gleichsetzung von Regierenden und Regierten bestimmt wird. Diese Identität muss notwendig die Autorität der Regierung, die ja nur eine Autorität gegenüber den Regierten sein kann, aufheben.«

Zivilrecht

Da der Gesamtbereich des Privatrechts schon aufgrund seiner Komplexität einer kurzfristigen Umformung durch Gesetzesänderungen nicht zugänglich war, zeichnete sich nach 1933 ab, dass in einigen Bereichen auf absehbare Zeit der Neuinterpretation und der regimekonformen Auslegung des überkommenen Rechts ein gesteigerter Stellenwert zukommen würde. Konkret sollte zum Beispiel der individualistische Begriff des subjektiven Rechts überwunden und durch die sogenannte »konkrete Rechtsstellung des Volksgenossen« ersetzt werden. Nicht schon als menschliches Individuum habe man Rechte und Pflichten, diese erwachsen vielmehr erst aus der Stellung innerhalb der Volksgemeinschaft. Erst als Teil des Volkes verfüge man über Ehre und damit Rechte und Pflichten. Mit dieser Begründung schlug beispielsweise der namhafte Zivilrechtler Karl Larenz vor, § 1 BGB wie folgt zu ändern: »Rechtsgenosse ist, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse ist, wer deutschen Blutes ist.«

Strafrecht

Im Bereich des Strafrechts bemühte man sich besonders stark um Erneuerung und die Schaffung einer spezifischen Strafrechtsdogmatik. Statt des heute vom Strafrecht angestrebten Rechtsgüterschutzes, der als Konsequenz liberaler Tendenzen angesehen wurde, war das primäre Ziel der Kriminalpolitik und des Strafrechts im Nationalsozialismus, gefährliche Elemente der Gemeinschaft auszumerzen. Eine ganzheitliche Wesensschau galt als oberster Auslegungsgrundsatz. Nach der sogenannten Lehre vom Tätertypen war auf das Wesen des Täters abzustellen, wodurch ein Gesinnungsstrafrecht entstand. Demnach sollte sich das Strafrecht nicht von den gesetzlichen Straftatbeständen abhängig machen, sondern »die offenkundige, substantielle Gerechtigkeit der Sache« sehen und verwirklichen. Schlussendlich wurde dem »liberalistischen Grundsatz« *nullum crimen sine lege* die Formel *nullum crimen sine poena* entgegengesetzt. Auch wurde das Analogieverbot aufgehoben und § 2 des Strafgesetzbuches in folgendem Wortlaut geändert: »Bestraft wird, wer eine Tat begeht, die das Gesetz für strafbar erklärt oder die nach dem Grundgedanken des Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient. Findet auf die Tat kein bestimmtes Strafgesetz unmittelbar Anwendung, so wird die Tat nach dem Gesetz bestraft, dessen Grundgedanke auf sie am besten zutrifft.«

Durch diese wissenschaftlichen Anstrengungen gelang es, den Großteil der Handlungen des nationalsozialistischen Unrechtsstaates als im Einklang mit dem bestehenden Recht darzustellen und so den Anschein der Rechtmäßigkeit aufrechtzuerhalten.

Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit diesem Thema und Nachweise erscheinen im Reader des Arbeitskreises kritischer JuristInnen Heidelberg, Sommersemester 2010 im Juli oder unter www.akjhd.wordpress.com.

Generalplan Wissenschaft

Die DFG als Förderin der deutschen Großmachtbestrebungen

»Dabei müssen wir auch den Mut und die Phantasie haben, über die Gegenwart hinaus in den Ordnungsmaßstäben der anbrechenden Zeit vorzudenken, um zu einer wirklichen Neuordnung zu gelangen.« Das Zitat stammt aus einem brisanten Dokument aus der frühen Zeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft – also nicht etwa aus einem der Thesenpapiere der letzten Jahre über das elektronische Publizieren (Generalplan Digital). Es ist die Stellungnahme des Agrarwissenschaftlers Konrad Meyer, mit der er 1942 den Einsatz der Wissenschaft und der Fördergelder der DFG für den »Generalplan Ost« des NS-Regimes rechtfertigte. Unter dem Oberbegriff »Raumforschung« geförderte Projekte trugen Titel wie »Volksbiologische und volksgemeinschaftliche Voraussetzungen des ländlichen Aufbaus im neuen deutschen Osten« (Fördersumme 3575 Reichsmark), berechneten detailliert den Siedlerbedarf und kalkulierten mit Gebieten bis Westrussland, der Vertreibung der dortigen Bevölkerung, wobei die Studien von Ist- und Soll-Zahlen (30 Mio. Sklaven gegenüber 5 Mio. Siedlern) sprechen: Die Differenz sollte die SS bewältigen.

Die Geschichte der DFG beginnt nach dem Ersten Weltkrieg. 1920 wurde die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (NDW) gegründet. Der Name verweist auf die Voraussetzungen dieser Zeit: Es war die erste Initiative nach dem Kriegsdesaster zur Verbesserung der deutschen Forschungslandschaft und des Universitätswesens. Aussicht auf staatliche Förderung war gering. Naturwissenschaftliche und technische Fächer profitierten noch von den bestehenden Strukturen großer Industrien. Das heutige Max-Planck-Institut, damals Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, verdankte diesem Komplex sein Bestehen. Universitäten mit starker geisteswissenschaftlicher Ausrichtung und Bibliotheken formierten als Interessengemeinschaft, die auf Finanzierung von staatlicher wie industrieller und privater Seite abzielte. Im NDW wurde sie institutionalisiert. Federführend hierbei und der erste Vorsitzende des Vereins war und blieb bis 1934 Friedrich Schmidt-Ott, der letzte königlich-preussische Kultusminister.

Die Fördermaßnahmen der 20er Jahre galten unter anderem der Bereitstellung ausländischer Fachliteratur in den Universitätsbibliotheken und der Finanzierung renommierter wissenschaftlicher Zeitschriften. Die Mittelvergabe war von Beginn an politisiert, argumentierten doch schon die Gründer, Wissenschaft sei ein Standortfaktor und ihre Förderung Voraussetzung für neue wirtschaftliche und politische Stärke. Der Rückschlag, den die deutsche Forschungslandschaft durch den Ersten Weltkrieg erlitten hatte, sollte behoben, entsprechend explizit national-patriotische Projekte favorisiert werden.

1934 wollte ein junger Germanist seine Doktorarbeit über den Mythos bei Wagner und Nietzsche drucken, und stellte einen Antrag auf Förderung bei der NDW. Diese förderte aber keine Doktorarbeiten, weder das Arbeiten noch das Drucken. Besagte Arbeit wurde aber doch gefördert, vor allem, weil – neben der Tatsache, dass Nietzsche im Trend lag – der Antragsteller Alfred Baeumler zu seinem Fürsprecher hatte, den Direktor des

Instituts für politische Pädagogik an der Berliner Universität, ein einflussreicher Wissenschaftsorganisator und ständiger Gutachter für die NDW. Dessen Verdikt über einen anderen Antrag, eines Privatgelehrten, der sich den Philosophen Fichte zum Lebensthema auserkoren hatte, genügt als Charakterisierung: Es sei wissenschaftliche »Pornographie«, den Juden Mendelssohn als Vorläufer Fichtes und Nachfolger Meister Eckharts zu bezeichnen. Der gerügte Wissenschaftler sah im weiteren Verlauf der Korrespondenz ein, dass er zu falschen Ergebnissen gelangt sei und sich genauer den Rassengesetzen widmen müsse.

Die NDW hatte sich mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten deren Erkenntnisinteressen hörig gemacht und sich 1935 in Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) umbenannt. Jede Wissenschaftsdisziplin wusste ihren Beitrag in vorseilendem Gehorsam für das Großmachtprogramm zu leisten: die Mediziner in der Eugenik, die Philologen in der Traditionsbildung, die Ingenieure in der Waffentechnik. Und der wichtigste Verein zur Förderung der Wissenschaft war geführt von Regimetreuen, die nicht nur die Arisierung der akademischen Landschaft Deutschlands zu forcieren wussten (siehe Seite 6), sondern auch finanzielle Förderung ideologisch steuerten. Der Physiker Johannes Stark, der 1933 vom Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust zum Leiter des Vereins ernannt wurde, spielte dabei eine herausragende Rolle. Mit ihm wurde das Führerprinzip in die Organisation der Wissenschaftsförderung integriert. Der sogenannte »Wehrchemiker« Rudolf Mentzel führte es bis zum Kriegsende fort. Die Vergabepraxis während der NS-Herrschaft korrelierte mit der wirtschaftlichen und Kriegslage: Bis 1936 sanken die Fördersätze für Forschungsprojekte oder wissenschaftliche Publikationen in allen Fächern, besonders natürlich in den Geisteswissenschaften. Während des Krieges setzte sich der Trend für diese fort, wohingegen bspw. die Ingenieurs- und Agrarwissenschaften großzügig behandelt, weil als kriegsnotwendig erachtet wurden.

1949 wurde der Verein neu gegründet, wobei man den Namen wählte, der bis 1935 galt: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Ab 1951 hieß man aber wieder DFG.

Seit 2000 widmet sich die DFG ihrer Geschichte mit einem eigenen, nun abgeschlossenen Forschungsprojekt (<http://projekte.geschichte.uni-freiburg.de/DFG-Geschichte>) und sucht nach systemischen und historischen Faktoren oder beschreibt Einzelkarrieren. Man ist sichtlich bemüht, verantwortungsbewusste Initiative nicht vermissen zu lassen – dies auch öffentlich wirksam durch zahlreiche themenbegleitende Ausstellungen. Leider hat sich die Gewissenhaftigkeit auf der Vereinshomepage noch nicht konsequent durchgesetzt, beschränkt sich doch die Darstellung der NS-Zeit in der ohnehin knappen Vereinschronik auf den Hinweis der politischen Gleichschaltung, eine Vereinfachung, der jede historische Abhandlung zum Thema im ersten Absatz widerspricht. Aber es handelt sich dabei ja um eine digitale Publikation und ist somit leicht zu ändern.

»Schönggeistige Literatur« 1933 bis '45

Die Kriegserlebnistagebücher und Feldausgaben des Bertelsmann-Verlags

Dieses Jahr feiert der Bertelsmann Verlag sein 175jähriges bestehen, dabei verweist er besonders auf die »Gesellschaftliche Verantwortung«, die »seit jeher fest in der Unternehmenskultur der Bertelsmann AG (...) verwurzelt« ist.

Bis 1933 gibt der Verlag der Familie Mohn vorwiegend theologisch-pädagogische Kinder- und Jugendliteratur heraus, sowie theologische Fachwerke. 1933 postuliert Heinrich Mohn, er wolle möglichst vielen Menschen »das Buch« bringen. Der Verlag gibt die ersten »Volksausgaben« heraus und die Produktion der theologischen Werke wird bis 1939 auf fünf Prozent der Gesamtproduktion gedrosselt.

Was Heinrich Mohn »schönggeistige Literatur« nennt, enthält völkische und antisemitische Denkweisen. Bereits 1934 produziert Bertelsmann Kriegserlebnistagebücher und Romane mit kriegsverherrlichenden Inhalten, so beispielsweise aus der Reihe »Spannende Geschichten«: »Bomben gegen England« oder »Torpedoboote vor!« Hans Grimm bekommt für sein Buch »Volk ohne Raum« hohe Prämien von Heinrich Mohn zugesichert und wird wie zahlreiche weitere antisemitische und nationalistische Autoren von Bertelsmann vermarktet. 1936 schreibt Mohn an Grimm er wolle mit

Transport auf. Bertelsmann wird der mit Abstand größte Lieferant und verkauft rund 19 Millionen Exemplare der »Feldheftchen«. 1944 wurde der Verlag zusammen mit den meisten der Deutschen Verlagen kriegsbedingt geschlossen.

Zwar tritt Heinrich Mohn während der gesamten Zeit nicht der NSDAP bei, jedoch bemüht er sich um gute Verbindungen zum Regime, diese sichern ihm nicht zuletzt die Vormachtstellung bei den Feldausgaben. Die ideologische Unterstützung des Nazi-Regimes durch die Autorenwahl des Bertelsmannhauses lässt den Gewinn zwischen 33 und 41 um das 48-fache steigen. Die Gewinnzuwächse entstehen ausschließlich durch die Herausgabe von Belletristik.

Schon 1947 brüstet sich Heinrich Mohn damit, sein Verlag sei »in den zwölf Jahren auf das Schwerste bedrückt, verfolgt und schließlich geschlossen worden«. Der Bertelsmann-Konzern setzt die Widerstandslegende bis in die 90er Jahre hinein fort. So preist Sohn und Nachfolger Reinhard Mohn 1992 in der ZDF-Sendung »Zeitzeugen des Jahrhunderts« den Bekennermut seines Vaters, der zu Verhaftungen unter den Angestellten und schließlich zur Schließung des Verlagshauses geführt habe. Als 1998 die jüdische Verlagsgruppe Random House von Bertelsmann aufgekauft wird, spricht der designierte Vorstandsvorsitzende Thomas Middelhoff von Bertelsmann als einem Unternehmen, »das sich schon immer für die Freiheit der Religionen und Rassen eingesetzt hat.«

Der Journalist Hersch Fischler recherchierte zur NS-Vergangenheit des Konzerns und verglich seine Ergebnisse in einer Sendung des Magazins Kulturzeit auf 3sat (13.11.98) mit der beschönigten Firmenchronik des Bertelsmann-Konzerns. Die Chronik verschwand wenige Tage später aus dem Internet. In Deutschland wurde das Thema von anderen Medien kaum aufgegriffen und als die Kultursendung Arena des Norddeutschen

Fernsehens zur Thematik berichtete, konnte nicht auf die Bänder der Kulturzeitsendung zurückgegriffen werden. Diese hielt das ZDF unter Verschluss. In den USA verbreitete sich die Diskussion wie ein Lauffeuer: nachdem der erste Bericht im Wall Street



Mit dieser Propagandaveranstaltung auf dem Ludwigsplatz in Ludwigshafen wollte die NSDAP 1935 ein Gemeinschaftsgefühl der »Deutschen« unter Adolf Hitler vorantreiben.

2005 war die Bertelsmann Stiftung Koordinatorin der Kampagne »Du bist Deutschland«. Ziel war es, die kulturelle Entwicklung Deutschlands hin zu mehr Zuversicht und Eigeninitiative zu fördern und ein »positives Denken auf ein neues Nationalgefühl« zu verbreiten. Nach eigenen Angaben war die Übereinstimmung mit der Volkskörperhethorik der Nationalsozialisten zufällig.

der Jugendreihe »Spannende Geschichten« den Jugendlichen »den kolonialen Gedanken nahebringen«.

Gegen Ende der 1930er Jahre schwindet das Interesse an Kriegsgeschichten und mit der aufkommenden Papierrationierung wächst die Abhängigkeit von den für die Zuteilung zuständigen staatlichen Stellen. Noch im Herbst 1939 ändert Bertelsmann sein Programm hin zu einem neuen Massenmarkt: den Millionen Wehrmachtangehörigen. Die Wehrmacht als Großkunde Bertelsmanns garantiert den Absatz und kommt für den

Journal erschienen war, folgten weitere Zeitungen, u.a. die New York Times. Bertelsmann setzte daraufhin eine Unabhängige Historische Kommission zur Erforschung der Geschichte des Hauses Bertelsmann (UHK) ein. Diese veröffentlichte 2002 ihren Abschlussbericht mit einem Umfang von 794 Seiten. Die UHK kommt zu dem Schluss, der Verleger Heinrich Mohn habe mit seinem Handeln einerseits die »Integrität und Gestaltung des theologischen Verlags« schützen wollen, andererseits habe Mohn in seinem »offenbare(n) Ehrgeiz« Bertelsmann zu »einem der umsatzstärksten Buchunternehmen Deutschlands zu machen« die Interessen des Regimes unterstützt.

von Nina Marie Bust-Bartels

Alfred Zintgraff und sein Wirken in Heidelberg

»E s [das deutsche Volk] wird nicht ruhen und rasten, bis auch dies ihm auf kolonialem Gebiet angetane schreiende Unrecht in vollem Umfang wieder gutgemacht ist.« Dieser Satz stammt aus der Feder des ehemaligen Kolonialbeamten und Heidelbergers Alfred Zintgraff, der 1929 in dem revisionistischen Standardband »Die Bilanz: 10 Jahre Vertrag von Versailles« den Artikel »Die koloniale Schuldfrage« beisteuerte und sich dadurch in der Weimarer Republik einen Namen als Kolonialrevisionist machte.

Seine Laufbahn als Kolonialbeamter, führte ihn, wie auch seinen Bruder, den Afrika-Expeditionsleiter und Kolonialkrieger Eugen Zintgraff, mehrere Jahre nach Afrika. 1921 lies sich Alfred Zintgraff dann in Heidelberg nieder. Seine Rolle in dieser Stadt bietet ein aufschlussreiches Beispiel für die Kontinuitäten zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus sowie für die Bedeutung des Themas der deutschen Kolonien nach der Zeit der deutschen Kolonialherrschaft, die 1918 durch den Versailler Vertrag formell beendet worden war.

Als offen »kolonialpropagandistisch« wird sein Wirken in der 1919 gegründeten Heidelberger Portheim-Stiftung beschrieben. Als er 1924 Stiftungsgeschäftsführer wurde, entwickelte er aus den eher willkürlich zusammengetragenen Sammlungen des Stifters Victor Goldschmidt die Grundlage des heutigen Völkerkundemuseums in der Hauptstraße. Er gestaltete die Ausstellungen über Afrika im Stile von Kolonialausstellungen und brachte in diesem Rahmen ausgiebig seine Bekannten aus dem Dienst für das Reichskolonialamt zur Erwähnung. Er stilisierte sich als Kenner Afrikas, der die Ausstellungen mit Objekten aus der Zintgraffschen Familiensammlung anreicherte, und dem lokalen Publikum das »fremde Afrika« veranschaulichte. Ein Zeitungsrezensent wünschte sich 1929, »daß doch jeder Deutsche aus dieser Sammlung lernen und einsehen möchte, welch großen Segen die deutsche Kultur in unseren früheren Kolonien gestiftet hat, und daß wir mit allen Fasern danach streben müssen, daß wir wieder das erhalten, was uns als einem der ersten Kulturvölker der Erde zusteht.«

Zwar stellte Zintgraff die Portheim-Stiftung auf solideren finanziellen und organisatorischen Boden, missachtete dabei aber bewusst die Pläne des jüdischen Stifters, indem er nach dessen Tod 1933 die Konzentration der Förderziele weg von dessen Disziplin, der Mineralogie, und hin zu seinem Gebiet, der »Auslandskunde« lenkte. Dies ging mit nun offen geäußerten antisemitischen Überzeugungen einher. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 eröffnete ihm so auch ein weiteres Betätigungsfeld. Zintgraff bot sich den neuen Machthabern schnell als »zuverlässiger politischer Mitstreiter« an und wurde an der gleichgeschalteten Universität Leiter des neu geschaffenen Instituts für Auslandskunde. Schon seit 1931 hatte er an der Universität einen Lehrstuhl für »Mandats- und Kolonialpolitik« inne. Nun hielt er Vorlesungen über »Grundlagen und Entwicklung der neuzeitlichen Kolonialreiche«, für die er auch die Sammlungen des Museums nutzte sowie über das »Diktat von Versailles«.

In diese Zeit fällt auch der eingangs zitierte Artikel über die »Koloniale Schuldfrage«. Diese erregte neben der sogenannten »Kriegsschuldfrage« (vertraglich anerkannte »alleinige Kriegsschuld« Deutschlands), unter den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags von 1919 die deutschen Gemüter. Mit dem Begriff bezogen sich Kolonialrevisionisten auf Artikel 119 des Vertrags, in dem es heißt: »Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle seine Rechte und Ansprüche bezüglich seiner überseeischen Besitzungen.« Dies wurde nicht mit der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches in den Kolonien legitimiert, sondern mit der angeblichen moralischen Unfähigkeit der Deutschen zur Kolonialherrschaft, die mit Kolonialgräueln, besonders dem Genozid an den Herero in Deutsch-Südwest-Afrika begründet wurde. Unter der ideologischen Führung des ehemaligen Gouverneurs von Deutsch-Ost-Afrika und späteren NSDAP-Reichstagsabgeordneten, Heinrich Schnee, wurde diese Legende positiv umgedeutet und die Deutschen zu unschuld-

gen Opfern der alliierten Propaganda erklärt. Wie nah Zintgraff dabei Schnees Ideologie stand, wird daraus ersichtlich, dass Zintgraffs »Koloniale Schuldfrage« 1930 in einen Sammelband von Schnee aufgenommen wurde.

Zintgraffs Artikel wandte sich vorwiegend gegen die Engländer, die eine »moralische Hetzkampagne« gegen das »deutsche Volk« führten, womit sie Deutschland die Kolonien rauben wollten. Von den Deutschen veranlasste gewaltsame »Expeditionen«, Kolonialkriege und Zwangsarbeit in den Kolonien verharmloste er, indem er die Arbeit der deutschen Kolonialisten auf die »Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung« beschränkte. Der Erfolg der deutschen Kolonialpolitik sei daher nicht auf militärische Gewalt zurück zu führen, sondern sie beruhe neben deutscher Tüchtigkeit vor allem auf den guten Beziehungen der Deutschen zu den Afrikanern, insbesondere der »Treue und Anhänglichkeit« der Afrikaner gegenüber den deutschen Kolonisatoren. Dazu Zintgraff: »Nicht nur die eingeborenen Soldaten sondern auch die große Masse der übrigen Bevölkerung haben mit ihrer Treue zu uns gehalten, die uns zur Pflicht macht, auch ihnen die Treue zu wahren.« Afrikaner kommen in seinem 30-seitigen Text sonst nicht vor. Es ging Zintgraff auch vor allem um die »Ehre des Deutschen Volkes« So sei die Auseinandersetzung mit der »kolonialen Schuldfrage« aufgrund »der ungeheuren Bedeutung der gesamten kolonialen Frage für die Zukunft unseres Volkes« von besonderem Interesse.

Die »Kolonialschuldfrage« diente während der gesamten Weimarer Republik als politisches Mittel und als gewichtiges Argument, um gegen die Auflagen des Versailler Vertrags Stimmung zu machen. Der genannte Artikel Zintgraffs erschien im Vorfeld des Young-Plans 1929, welcher die Zahlungsverpflichtungen des Deutschen Reiches auf Basis des Versailler Vertrags regelte. Dies war Anlass für die Kolonialrevisionisten, Stimmung gegen den Friedensvertrag zu machen, mit dem Ziel, ein Referendum dagegen anstrengen zu können. Die somit geschürte Wut richtete sich gegen den Friedensvertrag, die Westmächte, aber auch gegen die »schwache Republik« die sich die Kolonien habe wegnehmen lassen. Diese von Beginn an antidemokratische und antirepublikanische Propaganda hatte einen erheblichen Anteil an der Destabilisierung der Republik und dem Aufstieg des Nationalsozialismus. Hitler verstand es geschickt, die einflussreiche kolonialrevisionistische Bewegung für seine Zwecke zu nutzen, indem er im Falle eines Wahlsieges die Rücklangung der verlorenen Kolonien versprach.

Während des NS-Regimes erhielt Afrika nach und nach wieder politische Bedeutung, und zwar im Verbund mit den Plänen eines neuen Europas, dessen tro-

pischer Ergänzungsraum und Rohstofflieferant Afrika sein solle. Das 1934 gegründete Kolonialpolitische Amt bereitete die konkrete »Übernahme« der afrikanischen Kolonien administrativ vor, Kolonialbeamte und andere Arbeiter wurden auf Kolonialschulen bereits auf ihren künftigen Dienst vorbereitet.

Für solche Planungen waren »Experten« wie Zintgraff gefragt. Zintgraff verkörpert damit nicht nur den für das Deutschland nach 1919 typischen »Kolonialismus ohne Kolonien«, sondern ebenso eine personelle Schnittstelle zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus.

von *Caroline Authaler, Jan Becht, Jan Diebold und Angela Siebold* – www.schwarzweiss-hd.de

SCHWARZWEISS

SCHWARZWEISS

Literatur zu Zintgraff in Heidelberg:

– Frank Engehausen: Die Josefine und Eduard von Portheim-Stiftung für Wissenschaft und Kunst 1919-1955. Heidelberger Mäzenatentum im Schatten des Dritten Reiches, Heidelberg 2008.

– Clara Schlichtenberger: Die Ordnung der Welt. Die Sammlungs-Grammatik Victor Goldschmidts, des Gründers der völkerkundlichen Sammlung der von Portheim-Stiftung in Heidelberg, und die seiner Kuratoren, Pfaffenweiler 1998.



Das Titelbild der Deutschen Kolonialzeitung vom Januar 1935 verbildlicht, wie das nationalsozialistische Regime die koloniale Bewegung für seine Zwecke nutzen konnte.

Mit der Anspielung auf die verlorenen Kolonien sollten Ressentiments gegen die westlichen Demokratien geschürt werden.

Quelle: Ulrich van der Heyden / Joachim Zeller (Hg.): Kolonialmetropole Berlin. Eine Spurensuche, Berlin 2002.

Neugründung der Universität nach 1945?

Die deutsche Universität erlebte 1945 keine Stunde Null, keine Zäsur, die Neues von Altem trennte. Die Abschaffung des Führerprinzips in der Organisationsstruktur und das Zurück zu Beziehungen zwischen Hochschule und Staat, wie sie vor 1933 bestanden hatten, war mehr als eine Selbstverständlichkeit. Kein revolutionärer Akt der Erneuerung führte weg von den traditionellen Mustern einer Bildungsinstitution aus dem 19. Jahrhundert, die sich zunehmend wegentwickelt hatte von der ursprünglichen Idee der Universität als Korporation. Nicht 1945 müsste man ansetzen, um einen Einbruch in das traditionelle System aufzuzeigen, sondern Ende der 60er Jahre.

Ich will versuchen, eine Skizze des intellektuellen Profils der Universität Heidelberg zu zeichnen, die den Zeitgeist im Mikrokosmos einer deutschen Universität einzufangen und die zeitgegebenen Begrenzungen, aber auch die Chancen nach 1945 aufzuzeigen vermag.

Eine Universität lebt aus dem Kontrast individueller Charaktere. Die Generation des universitären Wiederaufbaus bestand aus Vertretern des akademischen Lebens, die in ihrer weitaus größten Mehrzahl aus der Zeit vor 1945 übernommen worden sind, ergänzt durch Hochschullehrer, die während der Nazizeit von ihren Ämtern suspendiert, zwangsemeritiert, herabgestuft, entlassen worden waren oder Lehrverbot erhalten hatten. Dieser Kreis republikfreundlicher Weimarer Hochschullehrer war gemessen an der Gesamtzahl klein, war meist in die innere Emigration gegangen und hatte so die NS-Herrschaft überlebt. Aus der Emigration kam nach Heidelberg niemand zurück, der zuvor hier gewesen wäre.

Entnazifizierung

Entnazifizierung – ein bis heute kontrovers rezipiertes Wort – wie wurde sie an der Heidelberger Universität durchgeführt? Kurz vor der Eröffnung der Medizinischen Fakultät im August 1945 wurde eine erste sehr oberflächliche Befragung durchgeführt, die nur wenig Aufschluss über das tatsächliche Verhalten im Nationalsozialismus gab. Eine zweite Siebung (screening) fand etwas später statt. Persönliche Befragungen zu den Unterrichtsgegenständen und zu den Publikationen wurden durchgeführt, Briefwechsel mit dem Propagandaministerium wurden eingesehen und Berichte von Eingeweihten, wie dem Gauleiter oder dem SS-Obergruppenführer Gustav Adolf Scheel herangezogen. Es zeigte sich, dass bei einigen (z.B. bei dem Neuhistoriker Andreas, dem Philologen Glaeser, oder bei Professor Seybold) wichtige Angaben fehlten, die die Nähe zum Nationalsozialismus hätten belegen können. Der amerikanische Geheimoffizier Penham beklagte, dass die Kooperationsbereitschaft zur Aufklärung der Vergangenheit in Heidelberg sehr gering sei im Vergleich z.B. zu Leipzig, und empfahl im Februar 1946 die vorläufige Schließung der Universität.

Schließlich gab es den Fragebogen, den alle Deutsche entsprechend dem Gesetz »zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus« vom 5. März 1946 ausfüllen mussten, also auch das Universitätspersonal. Was erfahren wir aus der nach dem Kriterium der formellen Zugehörigkeit zu Nazi-Organisationen zusammengestellten Liste? Die amerikanische Militärregierung (OMGUS)

hat im Sommer 1946 eine Liste von Universitätsangehörigen zusammengestellt, die nach dem Entnazifizierungsgesetz als Nazis eingestuft werden mussten; Von insgesamt 359 Universitätsangehörigen - so weist das Archivmaterial zur amerikanischen Militärregierung aus - wurden 121 in diese Kategorie eingestuft, von 185 Professoren allein 72. Auf die fünf klassischen Fakultäten verteilten sich die als hauptschuldig oder als belastet eingestuften unterschiedlich: jeder zweite Mediziner, jeder dritte Jurist, jeder vierte Naturwissenschaftler und jeder fünfte Angehörige der Philosophischen

der Rektor der Universität, Professor Dr. Karl Bauer, sei verdächtig und werde verhört. Der bekannte Chirurg habe 1925 ein Buch über Sterilisation geschrieben und als Privatdozent der Chirurgie über Rassenhygiene Vorlesungen gehalten.

Fakultät. Auch die Universitätsspitze mit Rektor Bauer (Medizin) und Prorektor Ernst (Geschichte) wurde in die Liste der Belasteten eingetragen. Damit war jedoch nur gesagt, dass diese Personen im Verdacht standen und die Vermutungen geprüft werden mussten.

Nach Angaben des Rektors Karl-Heinrich Bauer reduzierte die Entnazifizierung den Lehrkörper um 60%; von den Verbleibenden waren zwei Drittel über 60 Jahre alt (New York Herald Tribune v. 17. März 1946). „Jetzt haben wir so wenig Professoren, dass wir alle Nichtnazis brauchen. Wir hoffen, die amerikanischen Behörden werden unseren Professoren Fehlritte vergeben« (Bauer).

Wie schleppend oder vertuschend das Verfahren der Entnazifizierung in Bezug auf das Heidelberger Hochschullehrerpersonal auch ausgefallen ist, es dürfte nicht wesentlich abweichen von den Verfahren in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Nach den formalen Kriterien der Zugehörigkeit zu NS-Organisationen sind einige ausgeschlossen worden, einige, die in ihren Schriften den Führerstaat priesen, konnten wieder lehren, diejenigen, die opponierten und ausgeschlossen worden waren, wurden wieder aufgenommen. Auch im Hochschulbereich bestand wie in der Verwaltung das Dilemma: Für den Wiederaufbau wurde Qualifikation benötigt, die unter den Unverdächtigten nicht in ausreichendem Maße vorhanden war.

Wiedereröffnung und Gründerzeit

Personell kann die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg an dem ersten gewählten Rektor Bauer, dem Prorektor Ernst und dem spiritus rector Jaspers festgemacht werden. Institutionell an einem Kreis von dreizehn Professoren, der sich informell kurz nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in Heidelberg gebildet hatte und die Wiedereröffnung vorbereitete.

Dieser Kreis umfasste nicht nur diejenigen, die in der NS-Zeit ausgeschlossen worden waren wie Radbruch, Weber, Jaspers und Regenbogen, sondern auch einige, die zumindest nicht negativ zum NS-Staat gestanden hatten wie Ernst und Bauer. Jaspers, selbst wie einige seiner Kollegen unter die Rassen-gesetze fallend (er war mit einer Jüdin verheiratet), reflektierte und analysierte die Zeit mit einer Ra-

dikalität und Aufrichtigkeit (»gegen den Nationalsozialismus bin ich politisch nicht aktiv gewesen, ich bin nie verhaftet worden«) wie kaum ein anderer. Offiziell Wahlsenator, kann er als spiritus rector des Wiederbeginns der Heidelberger Universität angesehen werden, auch wenn seine scharfsinnigen Zeitanalysen und oft

radikalen Folgerungen nicht für die Gesamtheit der Universität stehen.

Die ersten gewählten Repräsentanten an der Universität Heidelberg nach 1945 waren Rektor Karl-Heinrich Bauer und Prorektor Fritz Ernst, die 1943 bzw. 1937 an die Universität berufen worden waren. Nach Rektor Bauer war die Nazi-Zeit ein Spuk, »eine mit den schillerndsten Lockungen lockendsten Lügen arbeitende wahrhaft mephistophelische Dämonie«. Kein Wort von ihm als Mediziner über Verfehlungen auch der Ärzte während der NS-Herrschaft, kein Wort von Rassenlehre, Rassenhygiene, Euthanasie und Versuchen an Menschen, Jaspers musste auf diese unmittelbare Vergangenheit hinweisen und diesen Geist der Unwissenschaftlichkeit geißeln.

Nur wenige gab es, wie den früheren Reichsjustizminister Radbruch, den Dozenten für Neurologie Mitscherlich oder den Kulturoziologen Alfred Weber, die eine konkretisierte Neuorientierung ihres Faches anstrebten und den demokratischen Anspruch ernst nahmen. Versuche zur Neuorientierung gingen vor allem von denjenigen aus, die unter der NS-Herrschaft zu leiden hatten. Radbruch hat Ende 1945 Leitsätze zur »Erneuerung des Rechts, zur Umschulung der deutschen Juristen«, niedergeschrieben, die als Kontrast zum NS-Unrecht angesehen wurden. Der Unrechtsstaat müsse von der »Herrschaft der Gesetze« abgelöst werden, der Rechtsstaat an seine eigenen Gesetze gebunden werden. »Der Rechtspositivismus, der jedem ordnungsmäßig entstandenem Gesetze den Charakter des Rechts und die Geltung zugestand«, müsse durch die Besinnung auf Menschenrechte und auf das Naturrecht seines gerechtigkeitsfeindlichen Charakters entkleidet werden.

Versäumnisse und Fehlentwicklungen

Doch kehren wir zurück zur Ausgangsfrage nach Kontinuität oder Erneuerung. Neue Wege konnten nur durch Verlassen alter beschritten werden. Zwei Wege der „Bewältigung“ der Vergangenheit sind begangen worden: Jener der Verdrängung (Generation der Betroffenen) und jener der Schuldzuweisung (jüngere Generation). Beide Wege haben nicht zu dem geführt, worauf es ankommt: Verarbeitung der Geschehnisse im Sinne der Folgerungen für die Gegenwart. Entscheidend sind Einstellung zum und Verhalten im demokratischen Staat. Hierfür sind die formalen Kriterien des amerikanischen Fragebogens sicherlich nicht ausreichend. Auch rechts stehende Kreise konnten den demokratischen Staat akzeptieren, ohne ein positives Verhältnis zu ihm zu finden, wie andererseits »Persilscheinbesitzer« traditionell obrigkeitsstaatliches Verhalten beibehalten konnten.

Nein, von einem Ende einer Tradition kann 1945 nicht die Rede sein. An der deutschen Universität hatte sich nichts geändert. Der Ordinarienbetrieb wurde wieder aufgenommen, Studenten galten als Objekte der Erziehung, wurden allenfalls in ihrer materiellen Notlage aufgefangen, sollten aber sonst füglich nach Wahrheit streben und Politik den Politikern und die Wirtschaft den Wirtschaftlern überlassen. Gewerkschaftliche Organisation wurde aus der Universität verbannt.

Als die Ruperto Carola zum ersten Male wieder zur deutschen Jugend sprach – natürlich durch den Mund des ersten Rektors – ja wem ging nicht das Herz auf, wenn er hörte: das alte Heidelberg, ehemals eine »Hochburg deutscher Demokratie«, finge neu wieder an. Hochburg also der Demokratie! Der Spuk von zwölf Jahren war vorbei, das reine Licht der Demokratie konnte wieder leuchten, so als ob nichts gewesen wäre! Einige Amerikaner sahen es anders. Als »Brutstätte der Reaktion« hatte ein Amerikaner die Universität bezeichnet.

Ein CIC-Agent namens Daniel Penham hatte, so berichtet die New York Herald Tribune im März 1946, ein Dutzend Heidelberger Professoren entlassen. Zu den Entlassenen gehörten der Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät Karl Freudenberg, dem als Teilhaber einer Lederfabrik vorgeworfen wurde, an Görings Vierjahresplan mitgearbeitet zu haben.

Sogar der Rektor der Universität, Professor Dr. Karl Bauer, sei verdächtig und werde verhört. Der bekannte Chirurg habe 1925 ein Buch über Sterilisation geschrieben und als Privatdozent der Chirurgie über Rassenhygiene Vorlesungen gehalten. Von Universitätsseite wurden allerdings solche Vorwürfe zurückgewiesen.

Und die Studenten: war von ihnen ein Neuanfang zu erhoffen? In der Studentenschaft war im Allgemeinen ein großes Bedürfnis nach geistiger Orientierung vorhanden, und die Erwartungen an die Universitäten waren groß. Allein siebentausend Studenten wollten Medizin studieren, nur tausend Studienplätze gab es offiziell. Aus politischen Gründen sollte – so der Lehrkörper in der medizinischen und in der naturwissenschaftlichen Fakultät – niemand ausgeschlossen werden. Viele waren Kriegsteilnehmer und standen noch ganz im Banne des Nationalsozialismus. Von ihnen war ein Aufbruch zu Neuem nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Auftritte von Niemöller in Erlangen, wo er unter studentischem Protest die Kriegsschuldfrage diskutieren wollte oder Jaspers und Spang in Heidelberg zeigten, wie nachhaltig Antisemitismus und Nazi-Ideologie noch wirkten. Dennoch, der Andrang zu Vorlesungen von Jaspers, Mitscherlich oder Weber war groß, der Wissensdurst wollte gestillt, die Vergangenheit so oder so verarbeitet werden. Kontinuität und Restauration sind, neben wenigen Versuchen zu einer Neuorientierung, die kennzeichnenden Züge des universitären Wiederaufbaus in Heidelberg wie anderswo in Deutschland. »Die Restauration der alten deutschen Universität von 1933 gelang nahezu perfekt« (Steiniger). Ein Elitenwechsel fand nicht statt, neue universitäre Organisationsmuster wurden nicht gefunden, eine demokratische Erneuerung im Sinne kollegialer Führung und Offenheit trat nicht ein. Demokratie war eher Lippenbekenntnis als erlebte Überzeugung.

von Frank Pfetsch

Prof. Dr. phil. Frank R. Pfetsch ist emeritierter Professor für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

IMPRESSUM... der UNiMUT – Zeitschrift [an] der Uni Heidelberg

Ausgabe 05/2010. Nr. 206 vom 07. Juni 2010.

Redaktion: Nina Marie Bust-Bartels, Katrin Finkenrath, Leonard Keidel, Christopher Laumanns, Janina Reibold.

Titelfoto: Das Eingangsportal der Neuen Universität Heidelberg von Juni 1936 bis 1945: Adler mit der Inschrift: »Dem deutschen Geist«.

Wir danken dem Heidelberger Universitätsarchiv für die freundliche Unterstützung und Bereitstellung der Quellen und sämtlicher Bildmaterialien dieses Heftes.

Auflage: 3000. Unidruckerei. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Unterstützt vom »AStA« (nicht verfasst), Albert-Überle-Str 3–5, 69117 Heidelberg, Tel. 06221-542456.

eMail: unimut@urz.uni-heidelberg.de

Ein zweites »Germania« am Neckar?

Die nationalsozialistischen Pläne zu einer Neugestaltung der Heidelberger Innenstadt

In den 70er Jahren wurden zufälligerweise in versteckten Räumen unterhalb des Gaisbergtunnels in Heidelberg bis dahin unbekannte architektonische Pläne entdeckt. Diese ließen sich auf das Jahr 1942 datieren und stammen aus der Feder des Architekten Hans Freese. Schnell wurde klar, dass diese sogenannten »Tunnel-Pläne« im Falle einer Realisierung nichts weniger als die Neugestaltung eines Großteils der Innenstadt bedeutet hätten. Die angestrebte »Schaffung einer neuen Stadtmitte«, so scheint es, wurde nur durch den damals bereits fortgeschrittenen Kriegsverlauf verhindert. Dennoch ist dieser Teil Heidelberger Stadtgeschichte kaum bekannt, obwohl die Thematik der Stadtumgestaltung heute so aktuell wie lange nicht mehr ist. Inzwischen gilt ein Teil der Pläne sogar wieder als verschollen. Die Informationen für diesen Artikel wurden einer unveröffentlichten Diplomarbeit von Iris Flechtner aus dem Jahr 2000 entnommen.

Die Vorgeschichte bedarf eines Blickes in das Heidelberg des Jahres 1933. Die Universitätsstadt am Neckar ließ sich ohne größeren Widerstand im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie gleichschalten. Bereits im Verlauf der Weltwirtschaftskrise 1929 waren die Stimmanteile der NSDAP rapide angestiegen und an der Universität konnte die Partei sogar noch früher großen Zuspruch finden. Noch vor der Reichstagswahl am 5. März kam es zu Verhaftungen von Kommunisten und am Wahltag wurden an den öffentlichen Gebäuden Hakenkreuzflaggen gehisst. Doch Oberbürgermeister Carl Neinhaus war zu diesem Zeitpunkt noch kein Anhänger Hitlers und protestierte sogar gegen die Maßnahmen, wenn auch halbherzig. Am 1. Mai trat er dann doch in die NSDAP ein, stand aber in den folgenden Jahren unter dem latenten Zwang, von seinem zögerlichen Beitritt abzulenken. Seine »nationale Gesinnung« versuchte er teilweise durch eine besonders harte Politik gegenüber den jüdischen Einwohnern unter Beweis zu stellen.

In diesen Zusammenhang gehören wohl auch seine langjährigen Bemühungen, für Heidelberg den Titel »Neugestaltungstadt« zu sichern, der sonst nur »Führerstädten« wie Berlin oder Nürnberg sowie den »Gauhauptstädten« zustand. Diese sollten komplett, von der Heimstätte bis zu den öffentlichen Plätzen, vom Zentrum bis in die Peripherie, im Sinne nationalsozialistischer Funktionalität umgebaut werden. Diese Funktionalität bestand vor allem in der Darstellung von Herrschaft, Größe und Macht des »Dritten Reiches«. Dementsprechend monumental fielen die Gebäude aus. Hitler selbst schrieb dazu in Mein Kampf, dass sich »in den Denkmälern der Allgemeinheit [...] nicht der Reichtum eines einzelnen Besitzers, sondern die Größe und Bedeutung der Allgemeinheit widerspiegeln sollte.«

Neinhaus setzte all sein politisches Geschick und seine Kontakte daran die notwendigen 13,5 Mio. Reichsmark für den geplanten Umbau aufzutreiben. Der Plan Freeses bestand im Wesentlichen in der Schaffung einer 1,5 km langen und durchschnittlich 130 Meter breiten Prachtstraße. Anlass dafür war die geplante Verlegung des Hauptbahnhofes vom Bismarckplatz an den heutigen Standort. Ausgehend von der dabei entstehenden Schneise zwischen diesen beiden Punkten sollte die »neue Stadtmitte« erbaut werden, bestehend aus einheitlichen drei- bis viergeschossigen Reihenhäusern und zahlreichen repräsentativen öffentlichen Gebäuden. Das Herzstück sollte das gigantische, 41 Meter hohe Neue Festspielhaus am Bismarckplatz bilden.

Was diese Pläne für die Anwohner bedeutet hätten, geht ansatzweise aus dem Text des »Gesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte« von 1937 hervor. Dort heißt es: »Soweit es zur Durchführung der städtebaulichen Maßnahmen erforderlich ist, kann das Grundeigentum nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften entzogen oder beschränkt werden.« Das Konzept Freeses wurde, wie bereits erwähnt, wegen des Krieges, welcher alle verfügbaren Ressourcen beanspruchte, nie umgesetzt. Ein neuer Hauptbahnhof entstand aber schließlich doch, an geplanter Stelle und in der Form wie man ihn heute kennt. Bei der Einweihungsfeier 1952 wurden die Pläne von 1942 mit keinem Wort erwähnt, obwohl die Ausrichtung des neuen Bahnhofs dem Vorschlag Freeses entsprach. Im gleichen Jahr wurde übrigens ein neuer alter Oberbürgermeister gewählt: Nach seiner Absetzung 1945 durch die US-amerikanische Militärregierung konnte Carl Neinhaus 1952 zurück in sein Amt kehren.

von Jan Diebold

Die Weinheimer Firma »Freudenberg« im Nationalsozialismus

Carl Freudenberg war 1926 bis 1956 Professor für Chemie an der Universität Heidelberg. 1946 entließ man ihn, weil ihm als Teilhaber der Lederfabrik Freudenberg in Weinheim vorgeworfen wurde, an Görings »Vierjahresplan« mitgearbeitet zu haben.

Diese Information findet sich auch im Band III der »Baden-Württembergischen Biographien« (S.87–90): »Eine wichtige Hilfe für F. kam, als 1938 das »Vierjahresplan-Forschungsinstitut« für Holz und Polysaccharide bei ihm organisiert wurde, das dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau unterordnet war.«

In der Firmenchronik des Konzerns findet sich kein Wort über die Rolle im Nationalsozialismus, lediglich wird von einer »Diversifikation« der Produktion gesprochen: »1938 wurden zum ersten Mal Buna-Schuhsohlen als Ersatz für Ledersohlen auf den Markt gebracht. [...] Ab 1938 verkaufte Freudenberg Kunstleder der Marke »Viledon« als Ersatz für das nicht mehr ausreichend vorhandene Leder.« (freudenberg.de)

In dem Artikel: »Arisierung: Keiner hat etwas zu feiern« (Der Spiegel 52/1987) findet diese »Diversifikation« eine Erklärung: »In der Schuh- und in der Lederindustrie hatte es vor 1933 viele Mittelbetriebe gegeben. Aus ihnen entstanden durch massenhafte Arisierungen Konzerne wie Freudenberg und Salamander, die dann die bislang getrennten Sparten Leder und Schuhe zusammenfaßten.«

»Arisierung« wurde die »Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben« von 1938 genannt, sie veranlasste die Enteignung der Juden.

Wie ein Goldfisch Daimler Benz zu einem neuen Werk verhalf und aus einer Grundschule ein Konzentrationslager wurde

Die Geschichte einer KZ Gedenkstätte bei HD

»Die Goldfisch GmbH war das größte Unternehmen, das sich jemals in der Region Neckarelz-Obrigheim angesiedelt hat und ihre Maschinenbestände haben in der Nachkriegszeit das Startkapital für die ein oder andere, mitunter heute noch hier ansässige, Firma gebildet. Dennoch [oder vielleicht gerade deshalb?] hat bis vor zehn Jahren nur eine kleine – von den Gefangenen selbst angebrachte – Gedenktafel an die Neckarelzer KZ-Zeit erinnert«, so Bernhard Edin Vorstandsmitglied der örtlichen KZ Gedenkstätte. Gegen diesen Missstand kämpfen er und seine Mitstreiter – mit Hilfe ihres Vereins, der dazugehörigen Gedenkstätte und einem Geschichtslehrpfad, dem Goldfischpfad – seit 1998 an.

»Wir wollen aufklären und Vergessen bzw. Verdrängen verhindern, uns gegen Rechtsextremismus einsetzen und den Überlebenden sowie deren Nachkommen eine Anlaufstelle für Fragen und Begegnungen mit ihrer eignen Geschichte bieten«, so erklären die Gedenkstättenbetreiber ihre Intentionen.

Doch zunächst zur Geschichte, die diese Gedenkstätte überhaupt nötig werden ließ:

Im Jahre 1944 zwangen die Alliierten mit ihren Bombenangriffen die deutsche Rüstungsindustrie in unterirdische Verstecke. Und so kam es, dass Daimler Benz seine Flugzeugmotorenproduktion, die damals mehr als ein Drittel des Daimler Umsatzes ausmachte, unter dem Decknamen Goldfisch von Genshagen bei Berlin in die heute von HeidelbergCement genutzten Gipsstollen nach Obrigheim am Neckar, verlagern wollte.

Natürlich mussten die Gipsstollen hierfür zunächst zu Produktionsstätten umfunktioniert werden. Für diese Arbeit wurden ab Mitte März 1944 KZ-Häftlinge aus verschiedenen Lagern (unter anderem aus Dachau und Natzweiler, dessen Außenlager Neckarelz werden

sollte) in das nahe bei Obrigheim gelegene 1500 Seelendorf Neckarelz geschafft. Für deren Unterbringung wurde die örtliche Grundschule kurzerhand geräumt und zu einem Lager umfunktioniert. Der vormalige Schulhof diente nun als Appellplatz. In den acht Klassenzimmern des noch heute als Schule genutzten Gebäudes und einem weiteren Lagerkomplex am Bahnhof kamen in Zeiten hoher Frequentierung bis zu 2100 Häftlinge unter. Neben den KZ-Häftlingen, die vornehmlich politische Gefangene aus Polen und Frankreich waren, wurden in weiteren Lagern unter »weniger schlechten Bedingungen« Strafgefangene, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter untergebracht. Diese sollten in den vorbereiteten Produktionsstätten mitsamt den extra zu diesem Zweck in die Region Neckarelz – Obrigheim umgezogenen ehemaligen Genshagener Mitarbeitern, die Flugzeugmotoren DB 603 und 605 produzieren. Letzten Endes brachte das Unternehmen Goldfisch gut und gerne 10 000 Menschen in die Region, deren Produktionseinsatz aber wohl durch den Einmarsch der Amerikaner am zweiten April 1945 verhindert wurde. Obwohl bis dahin von den KZ Häftlingen alles für die Produktion hergerichtet worden war, wird heute davon ausgegangen, dass nicht ein einziger Motor wirklich in Obrigheim produziert wurde.

»Diese Geschichte blieb in der Region lange Zeit verschwiegen und ich persönlich kann mich nicht daran erinnern, im Geschichtsunterricht jemals etwas über Konzentrationslager hier in der Nähe gehört zu haben. Das schien immer weiter weg gewesen zu sein. Aber hier?«, so Bernhard Edin im Gespräch mit der UNiMUT. Letztlich sei man über einen Arbeitskreis der Volkshochschule auf die Geschichte des Neckarelzer Schulgebäudes gestoßen und habe zunächst gegen viele verschlossene Türen laufen müssen, um ein solches Erinnerungsprojekt auf die Beine stellen zu können. Manch einer habe sich durch das Projekt beschmutzt oder gar bedroht gefühlt. Schließlich habe damals niemand wissen können, was in dem Gebäude inmitten der Ortschaft so vor sich geht...

Und so kursieren Geschichten von hilfsbereiten Anwohnern, die Essen für Häftlinge versteckten und Ärzten, die ihnen medizinische Versorgung zukommen ließen, neben jenen, die davon berichten, wie SS Leute billige Arbeitskräfte an Handwerker aus der Region verliehen.

»Heute ist die Gedenkstätte anerkannt und wird vor allem von Schulklassen aus der Region und Studenten der PH Heidelberg regelmäßig aufgesucht. Natürlich kommen auch immer wieder Überlebende oder Angehörige hierhin zurück.« Wie anerkannt sie tatsächlich ist, zeigen die Umbaumaßnahmen, die Ende Juli beginnen sollen und das bisher relativ kleiner Areal um einiges vergrößern werden. Es wird neue Ausstellungsstücke (wie eine restaurierte Baracke oder einen alten Flugzeugmotor) geben, Platz für ein eigenes Archiv sowie Räumlichkeiten für Veranstaltungen. Wer sich also mit eigenen Augen von der KZ Vergangenheit des Heidelberger Umlands überzeugen möchte, muss sich entweder beeilen oder bis zur Wiedereröffnung der neuen Gedenkstätte, in gut einem Jahr warten. Wer nicht warten möchte, kann sich über die Homepage der Gedenkstätte <http://www.kz-denck-neckarelz.de/> mit Informationen versorgen, oder den »Goldfischpfad« in Obrigheim entlangwandern, der an einigen Überresten aus dieser Zeit vorbeiführt.

Diese erfolgte durch Übereignung jüdischer Betriebe an neue nichtjüdische Eigentümer oder durch eine Auflösung der jüdischen Betriebe.

Heute arbeitet die Firma Freudenberg im Rahmen der Kampagne »Dem lebendigen Geist« mit dem Rektorat der Universität Heidelberg zusammen. So stammen die roten Buchstaben, die einst auf dem Uniplatz, nun im Neuenheimer Feld stehen, von Freudenberg, wie auf der vor den Buchstaben angebrachten Werbetafel zu lesen ist.

Im Andenken an den Chemieprofessor verleiht die Heidelberger Akademie der Wissenschaften jährlich den Carl Freudenberg-Preis. Dieser »wurde 1986 aus Anlass des 100. Geburtstages von Karl Freudenberg von der Weinheimer Firma Freudenberg zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Baden-Württemberg gestiftet. Der Preis wird jährlich verliehen und ist mit 6000 Euro dotiert. Prämiert werden Arbeiten aus dem Bereich der Naturwissenschaften« (Homepage Uni Heidelberg).

von Nina Marie Bust-Bartels

von Katrin Finkenrath

Schrift ist nicht nur ein äusserliches Medium zum Transport für sogenannte Inhalte, denen gegenüber sie sich irgendwie neutral verhält, sondern die Schriftart trägt selbst essentiell zum Gehalt des Geschriebenen bei. Diese Tatsache lässt sich wohl kaum an einer anderen Schriftart besser verdeutlichen als anhand der Frakturschriften, die im kollektiven Gedächtnis tief eingebrannt den Stempel der Nazi-Schrift per se zu haben scheinen.

So benutzen Neonazis diese Schrift gerne, um NS-verherrlichende Botschaften auf ihrer Kleidung und/oder Körperteilen zu verewigen und politisch anders Gesinnte, um vor jener »braunen Gefahr« zu warnen: Eine österreichische Wahlannonce von 1994 »Gehen Sie wählen! Andere tun es auch.« nutzt die beiden Schriftarten Antiqua und Fraktur, um die politischen Gesinnungen der beiden Wählergruppen darzustellen und vor einem Anstieg der Rechten Wahlbeteiligung zu warnen. Auch Klaus Staack, einer der bedeutendsten Plakatkünstler Deutschlands aus der Heidelberger Ingrimmsstraße, benutzt für seine Plakate gerne Frakturschriften, um einen nationalsozialistischen Assoziationspielraum zu eröffnen. So heisst es auf einem seiner berühmtesten Plakate aus dem Jahre 1972 »Deutsche Arbeiter! Die SPD will euch eure Villen im Tessin wegnehmen« und auf einem aktuellen Plakat steht oberhalb von einer Menge glatzköpfiger Neonazis in Frakturschrift: »Herr, lass Hirn regnen auf diese Häupter«. Aber auch die Bild-Zeitung (»Droht ein neuer Hitler?«, im April 1992) und der Spiegel (»Die unheimlichen Deutschen«, 51/1989) benutzen die Frakturschrift regelmässig, um auf Ihren Titelblättern auf die braune Vergangenheit Deutschlands hinzuweisen; und auch Comic-Zeichner lassen alte und neue »Nazis« gerne in Frakturschrift »sprechen«.

Angefichts dessen erstaunt es umso mehr, dass die Nationalsozialisten keine Befürworter der Frakturschrift waren, sondern im Gegenteil ihre Verwendung in einem Rundschreiben der Reichskanzlei »im Auftrage des Führers« vom 3. Januar 1941 sogar verboten. Die »Antiqua-Schrift« soll gemäss des Erlasses »künftig als Normal-Schrift« bezeichnet werden, »Die Verwendung der Schwabacher Judenlettern durch Behörden wird künftig unterbleiben« und »Nach und nach sollen sämtliche Druckerzeugnisse auf diese Normal-Schrift umgestellt werden«.

Begründet wurde dieser Beschluss, indem die Herkunft der »gotischen Schrift« (Fraktur) auf sogenannte »Schwabacher Judenlettern« zurückgeführt wurde. Die Schwabacher Schrift ist eine der zahlreichen Frakturschriften, die bereits seit dem 15. Jahrhundert Verwendung findet. Dass sie von Jüdinnen und Juden entwickelt worden sein sollte, ist ebenso falsch, wie alle anderen scheinbaren Begründungen, die Martin Bormann als Rechtfertigung des Verbots zur Verwendung der Frakturschriften anführt. Jüdinnen und Juden war es aufgrund der strengen Junftsetze nicht einmal erlaubt, in einer Druckerei zu arbeiten, geschweige denn eine solche zu erwerben.

Der eigentliche Grund für das Verbot war die Überlegung, dass für das Ausland bestimmte Schriften, die in Frakturschrift gedruckt waren, für jene besetzte Bevölkerungsgruppen, die ansonsten Antiqua-Schrift zu lesen gewohnt waren, nur schwer oder gar nicht lesbar waren. Das Frakturverbot war also eine pragmatische Entscheidung der Nationalsozialisten: Wollte man zur »Weltmacht« aufsteigen, musste man auch eine Schrift verwenden, die die ganze Welt lesen konnte.

Faksimile des offiziellen Schreibens Martin Bormanns vom 3. Januar 1941, das die Verwendung der Frakturschriften »im Auftrage des Führers« untersagte.

Dem nationalsozialistischen Erlass vom 3. Januar 1941 wurde besonders in der Nachkriegszeit Folge geleistet. Die Anzahl der in Fraktur gedruckten Bücher nahm innerhalb kürzester Zeit rasant ab, so wurde der Duden 1941 ein letztes Mal in Fraktur gedruckt und ihr Anteil geht heute (abgesehen von rechtsradikalen Propagandablättern) beinahe gegen Null. Eine der wenigen Ausnahmen bildet der 1994 in Schwabacher Schrift gesetzte Band »Meine Chancen« von Jacques Derrida, der sich explizit als Auflehnung gegen das Fraktur-Verbot von 1941 versteht.

- - und so möchte auch dieser Artikel keinen Gehorsam mehr leisten - -

von Janina Reibold

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Der Stellvertreter des Führers

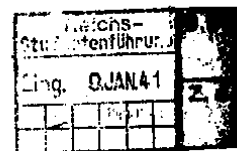
München 33, den
Dreissigsten Januar

Stabsleiter

z.Zt. Obersalzberg, den 31.1.41

Rundschreiben

(Nicht zur Veröffentlichung).



Zu allgemeiner Beachtung teile ich im Auftrage des Führers mit:

Die sogenannte gotische Schrift als eine deutsche Schrift anzusehen oder zu bezeichnen ist falsch. In Wirklichkeit besteht die sogenannte gotische Schrift aus Schwabacher Judenlettern. Genau wie sie sich später in den Besitz der Zeitungen setzten, setzten sich die in Deutschland ansässigen Juden bei Einführung des Buchdrucks in den Besitz der Buchdruckereien und dadurch kam es in Deutschland zu der starken Einführung der Schwabacher Judenlettern.

Am heutigen Tage hat der Führer in einer Besprechung mit Herrn Reichsleiter Amann und Herrn Buchdruckereibesitzer Adolf Müller entschieden, dass die Antiqua-Schrift künftig als Normal-Schrift zu bezeichnen sei. Nach und nach sollen sämtliche Druckerzeugnisse auf diese Normal-Schrift umgestellt werden. Sobald dies schulbuchmässig möglich ist, wird in den Dorfschulen und Volksschulen nur mehr die Normal-Schrift gelehrt werden.

Die Verwendung der Schwabacher Judenlettern durch Behörden wird künftig unterbleiben; Ernennungsurkunden für Beamte, Strassenschilder u. dergl. werden künftig nur mehr in Normal-Schrift gefertigt werden.

Im Auftrage des Führers wird Herr Reichsleiter Amann zunächst jene Zeitungen und Zeitschriften, die bereits eine Auslandsverbreitung haben, oder deren Auslandsverbreitung erwünscht ist, auf Normal-Schrift umstellen.

gez. M. Bormann.